



## **Eigenanteil bei Förderprogrammen benachteiligt strukturschwache Kommunen**

Neues Diskussionspapier des Berlin-Instituts und der Wüstenrot Stiftung fordert alternative Ansätze der Beteiligung und der Ermittlung des Bedarfs von Kommunen bei Fördermitteln

Berlin, 13. August 2020

**Vor allem kleine und finanzschwächere Kommunen können sich Fördermittel häufig gar nicht leisten. Sie scheitern nicht nur an den zeit- und personalintensiven Antragsverfahren, sondern vor allem am geforderten finanziellen Eigenanteil. Dies beleuchtet eine aktuelle Untersuchung des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung und der Wüstenrot Stiftung zu Förderprogrammen von Land, Bund und der Europäischen Union. Das Geld fließe somit eher in prosperierende Kommunen und nicht dorthin, wo es am dringendsten gebraucht würde. Regionale Unterschiede würden so eher verstärkt, als abgebaut – und diese Kluft könnte sich infolge der Corona-Pandemie sogar noch vergrößern. Wie die Autoren des Diskussionspapiers zeigen, ließen sich mit angepassten Instrumenten selbst klamme Kommunen bedarfsgerecht unterstützen – auch und gerade in der COVID-19-Krise.**

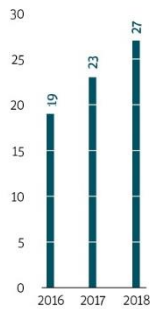
Dabei ist es ein erklärtes Ziel der Bundesregierung, für „gleichwertige Lebensverhältnisse“ in allen Teilen des Landes zu sorgen. Förderprogramme von Land, Bund oder Europäischer Union sollen einen Ausgleich zwischen den prosperierenden und den weniger erfolgreichen Landesteilen und Kommunen schaffen. Wie gut die Lebensqualität vor Ort oder die Teilhabechancen der Bewohner sind, entscheidet sich maßgeblich auf kommunaler Ebene. Denn in Deutschland herrscht das tief verankerte Subsidiaritätsprinzip, das Gemeinden eine größtmögliche Selbstbestimmung und Eigenverantwortung verleiht. Dieser Verantwortung können die Kommunen aber nur gerecht werden, wenn sie dafür auch die nötigen finanziellen Mittel haben. Das macht sie abhängig von Fördermitteln. „Diese Mittel gibt es aber nicht umsonst“, sagt Manuel Slupina vom Berlin-Institut. „Sie kosten die Kommunen nicht nur einen Eigenanteil, sondern vor allem den dringend notwendigen Gestaltungsspielraum.“ So mancher der vom Berlin-Institut befragten Kommunalvertreter beschreibt die Situation daher als Förderkorsett, dass nicht nur vorgibt, wie die Fördermittel zu verwenden sind, sondern über den geforderten Eigenanteil auch beeinflusst, wofür die Kommunen ihr eigenes Geld ausgeben. „Das Fördersystem lenkt die Kommunen so doppelt von ihren eigentlichen Prioritäten ab – weil sie eher Maßnahmen umsetzen, die gefördert werden, und sie zudem dringend notwendige Investitionsvorhaben zurückstellen, um mit dem gesparten Geld den Eigenanteil aufbringen zu können“, fasst Slupina zusammen.

### **Fördermittel – die Ausnahme wird zur Regel**

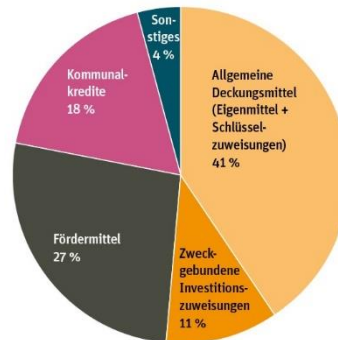
Eigentlich sollten Fördermittel nur in Ausnahmefällen zum Einsatz kommen, um neue Entwicklungen anzustoßen oder Missstände zu beheben. Sie sind nicht dafür gedacht, generell die Finanzkraft der Kommunen zu stärken. „Doch Fördermittel sind längst Teil der Regelfinanzierung geworden“, sagt Frederick Sixtus, Mitautor des Papiers. „Und mit jedem weiteren Programm steigt die Abhängigkeit der Kommunen von diesen Zuweisungen.“ Im Jahr 2018 nutzten knapp neun von zehn Kommunen Fördermittel, um Projekte zu finanzieren. Der Anteil von Fördermitteln an der Finanzierung kommunaler Investitionen ist in den vergangenen Jahren zudem stetig gestiegen – von 19 Prozent im Jahr 2016 auf 27 Prozent 2018.

# Kommunen hängen immer mehr am Fördertropf

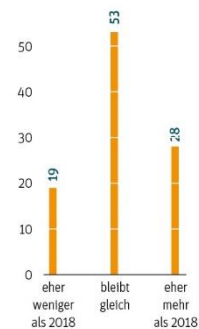
Anteil von Fördermitteln an allen Finanzierungsinstrumenten für kommunale Investitionen, in Prozent, 2016 bis 2018



Anteil der Finanzierungselemente für kommunale Investitionen, in Prozent, 2018



Erwartung der Kommunen, wie sich die Bedeutung von Fördermitteln für Investitionen 2019 verändern wird, in Prozent, 2018



Fördermittel gewinnen als Finanzierungsinstrument für die Kommunen an Bedeutung. Machten sie 2016 noch weniger als ein Fünftel der investierten Mittel aus, betrug ihr Anteil 2018 bereits über ein Viertel. Nur wenige Kommunen erwarten, dass ihre Bedeutung im Haushaltsjahr 2019 abnehmen wird.

## Alternativen zum Eigenanteil entwickeln

„Gerade jetzt in Zeiten der Corona-Pandemie ist es wichtig, über alternative Ansätze nachzudenken, um Kommunen bedarfsgerecht zu finanzieren“, sagt Stefan Krämer, stellvertretender Geschäftsführer der Wüstenrot Stiftung. „Sonst vergrößern die nun aufgelegten Förderprogramme die bestehenden Unterschiede zwischen den prosperierenden und strukturschwachen Kommunen zusätzlich.“ Förderprogramme sollten daher die Möglichkeiten ausbauen, den Eigenanteil auf nicht-finanzielle Art erbringen zu können etwa in Form von Personal- oder Sachleistungen. Bei wichtigen Projekten sollten sie finanzschwache Kommunen gänzlich von der Kofinanzierung befreien oder zumindest zulassen, dass Kommunen verschiedene Programme miteinander kombinieren können, um die Finanzierung zu stemmen. „Letztlich kommen wir aber nicht umher, den Eigenanteil in Förderprogrammen grundsätzlich in Frage zu stellen“, sagt Krämer. „Denn der Bedarf in einer Kommune lässt sich auch anders feststellen, etwa wenn ein Kreis aus regionalen Akteuren aus Politik, Verbänden und Unternehmen über die Verteilung der Mittel entscheidet.“ Wie die im Diskussionspapier beschriebenen Beispiele zeigen, gestehen solche Regionalbudgets der kommunalen Ebene mehr Verantwortung zu, ebenso wie die Investitionspauschalen der Länder. „Kommunen erhalten so die finanziellen Mittel und die Entscheidungsautonomie, um lokal angepasste Ideen und Konzepte voranzutreiben“, sagt Catherina Hinz, Direktorin des Berlin-Instituts.

Das Diskussionspapier

**„Wer schon viel hat, dem wird noch mehr gegeben? – Warum der Eigenanteil bei Förderprogrammen strukturschwache Kommunen benachteiligt“**

steht Ihnen gratis als Download zur Verfügung unter:

<https://www.berlin-institut.org/publikationen/discussion-papers/wer-schon-viel-hat-dem-wird-noch-mehr-gegeben>

Bei Rückfragen helfen wir Ihnen gerne weiter:

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung  
Schillerstr. 59  
10627 Berlin

Ansprechpartner:

Frederick Sixtus, [sixtus@berlin-institut.org](mailto:sixtus@berlin-institut.org), Tel.: 030-31 10 26 98  
Manuel Slupina, [slupina@berlin-institut.org](mailto:slupina@berlin-institut.org), Tel.: 030-31 10 26 98

**Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung**

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist ein unabhängiger Thinktank, der sich mit Fragen regionaler und globaler demografischer Veränderungen beschäftigt. Das Institut wurde 2000 als gemeinnützige Stiftung gegründet und hat die Aufgabe, das Bewusstsein für den demografischen Wandel zu schärfen, nachhaltige Entwicklung zu fördern, neue Ideen in die Politik einzubringen und Konzepte zur Lösung demografischer und entwicklungspolitischer Probleme zu erarbeiten. In seinen Studien, Diskussions- und Hintergrundpapieren bereitet das Berlin-Institut wissenschaftliche Informationen für den politischen Entscheidungsprozess auf. Weitere Informationen, wie auch die Möglichkeit, den kostenlosen regelmäßigen Newsletter „Demos“ zu abonnieren, finden Sie unter [www.berlin-institut.org](http://www.berlin-institut.org).

**Wüstenrot Stiftung**

Die Wüstenrot Stiftung arbeitet ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig in den Bereichen Denkmalpflege, Wissenschaft, Forschung, Bildung, Kunst und Kultur. Zwei Aufgaben stehen im Mittelpunkt aller Aktivitäten der Wüstenrot Stiftung: der richtige Umgang mit kulturellem Erbe und die Suche nach Wegen, wie sich unser Gemeinwesen den Herausforderungen der Zukunft stellen kann. Als operativ tätige Stiftung initiiert, konzipiert und realisiert die Wüstenrot Stiftung selbst Projekte und fördert darüber hinaus die Umsetzung herausragender Ideen und Projekte anderer Institutionen durch finanzielle Zuwendungen. Weitere Informationen finden Sie unter [www.wuestenrot-stiftung.de](http://www.wuestenrot-stiftung.de).